

## **Antrag**

**der Abgeordneten Angela Stachowa, Dr. Dietmar Keller und der Gruppe  
der PDS/Linke Liste**

### **Erhalt kultureller Substanz im Zusammenhang mit der Verlagerung von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages zu den „Vorschlägen der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder“ zu gewährleisten, daß im Zusammenhang mit der Verlagerung von Bundesbehörden kein weiterer Abbau kultureller Substanz in den neuen Bundesländern zugelassen und die erforderlichen materiellen und finanziellen Voraussetzungen für den Erhalt der in den betroffenen Gebäuden befindlichen kulturellen Einrichtungen geschaffen werden.

Bonn, den 7. September 1992

**Angela Stachowa**  
**Dr. Dietmar Keller**  
**Dr. Gregor Gysi und Gruppe**

#### **Begründung**

Die Gruppe der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag spricht sich für eine zügige Verwirklichung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 hinsichtlich der Stärkung des Föderalismus in Deutschland und der damit verbundenen Verlegung von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer aus.

Die Gruppe der PDS/Linke Liste ist allerdings der Auffassung, daß die in der Drucksache 12/2853 „Beschlüßempfehlung und Bericht des Ältestenrates zu den Vorschlägen der Unabhängigen Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder“ unter römisch zweitens formulierten Prinzipien und Vorschläge für die Verlagerung von Bundesinstitutionen

den gewichtigen Aspekt der gegenwärtigen Nutzung der betroffenen Gebäude völlig außer acht lassen.

Es gab und gibt Beispiele, daß bedeutenden Sammlungen von Museen, Gedenkstätten und andere kulturhistorische Stätten von derartigen Entscheidungen existenziell betroffen sein können.

In Anbetracht solcher zu erwartender Komplikationen erachten wir es als dringend notwendig, daß vor der Verlagerung von Bundesbehörden in jedem konkreten Fall die erforderlichen materiellen und finanziellen Voraussetzungen für den Erhalt und das Fortbestehen kultureller Einrichtungen und kultureller Substanz getroffen werden.